

Offiziersanwärter diskutieren die NPD

Ein Bericht aus der Bildungsarbeit von *Arbeit und Leben*

I

Am 20. November 1966 wurde der zur Zeit beurlaubte Bundeswehr-Hauptmann *Wolfgang Ross* als Abgeordneter der NPD in (den Bayerischen Landtag gewählt. Ist sein politisches Weltbild repräsentativ für einen großen Prozentsatz seiner Kameraden?

*Spiegel*¹): *Und wie hoch schätzen Sie den NPD-Stimmenanteil in der Bundeswehr ein?*

Ross: Ich muß da natürlich vorsichtig schätzen. Aber 25 Prozent halte ich bei der nächsten Bundestagswahl nicht für ausgeschlossen. Selbstverständlich kann ich dabei nur von meinen eigenen Erfahrungen ausgehen.

Hauptmann Ross ist auf Schätzungen und auf eigene Erfahrungen angewiesen. Zuverlässige demoskopische Umfragen innerhalb der Bundeswehr sind bisher nicht bekannt geworden. Man glaubt allerdings, daß die Erfolge der NPD innerhalb der Bundeswehr größer seien als in anderen Berufsgruppen und Bevölkerungskreisen²).

Auch dieser Beitrag beruht nur auf eigenen Erfahrungen. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus kann er gewiß nicht als repräsentativ gelten. Dreiundzwanzig Offiziersanwärter (OA) im Räume Hamburgs sind nicht *die* Bundeswehr, sondern nur 23 junge Menschen im Alter von 19 bis 23 Jahren, die die Wehrpflicht oder der Berufswunsch kurzfristig in gemeinsamer militärischer Ausbildung und Tätigkeit zusammengeführt haben. Dreiundzwanzig verschiedene Meinungen, vorgeformt im Elternhaus, Schule (die meisten haben Abitur), anderweitiger Berufsausbildung; weitergeformt im Kreis der Stubengenossen, bei der Instruktionssunde für die ihnen anvertrauten Mannschaften, im Schulungsraum, im Kasino, vor dem Fernsehschirm und — in Versammlungen politischer Parteien.

Ihre politische Weiterbildung³ ist Dienst. Einmal wöchentlich trifft man sich abends für zwei Stunden in einem behaglichen Nebenraum des Offiziersheimes. Der Kursusleiter ist Zivilist. Er untersteht nicht der Bundeswehrverwaltung; er ist vielmehr freier Mitarbeiter von *Arbeit und Leben*, einer Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung³), und in der *Gestaltung* seines Unterrichts an keine Aufträge und Weisungen gebunden, sondern nur seinem eigenen politischen Gewissen unterworfen.

Es ist nicht bekannt, ob diese ungebundene Art der systematischen politischen Weiterbildung häufig anzutreffen ist. Repräsentativ dürfte sie auf jeden Fall nicht sein.

Das Ziel des Unterrichts wird den OA zu Beginn eines jeden Halbjahres umrissen: „Sie sollen hier lernen, politisch selbständig zu denken und zu diskutieren. Eine Zensur findet nicht statt. Es ist nicht beabsichtigt, Ihnen eine bestimmte Meinung als einzig richtige hinzustellen. Die Demokratie lebt davon, daß es verschiedene, abweichende Auffassungen gibt. Sie dürfen jede Meinung äußern; Sie müssen dann allerdings auch bereit sein, Ihre eigene Meinung zu begründen und sich Gegenargumenten zu stellen.“

II

Am 12. 12. 1966 brachte „Report“ eine Sondersendung über die NPD. Die OA waren skeptisch. Das Bild der NPD sei hier wohl etwas verzerrt dargestellt worden. Das Ge-

1) Spiegel-Gespräch mit Wolfgang Ross (Spiegel 7/1967).

2) Vgl. Helmut Lindemann, GM 1967, S. 163.

3) Als Bildungsgemeinschaft zwischen Volkshochschule und DGB 1957 in Gießen gegründet; vgl. auch Steinmetz, Einige Gedanken zum Selbstverständnis und zu den Grundpositionen von „Arbeit und Leben“, GM 1961, S. 593 rT.

fühl für fair play verlangte nach einer Korrektur — oder Bestätigung.. Es wurde beschlossen — die OA werden im Rahmen des Möglichen an der Themengestaltung des Unterrichts beteiligt —, sich in den folgenden Wochen näher mit der NPD zu befassen. Aus den Wochen wurden Monate — bis die jungen Leute Ende März 1967 befördert, versetzt oder entlassen wurden.

Als ‚Schulungsmaterial‘ diente *Das Manifest der NPD* vom 8. Mai 1965 nebst Erläuterungen vom 18. Juni 1966⁴⁾. Vergleichsmaterial bot *Gottfried Feder*⁵⁾ mit dem von ihm kommentierten *Programm der NSDAP*⁶⁾. Weitere Informationen lieferten der WDR⁷⁾ (*Conrad Zander* über die Soziologie der NPD-Mitglieder und -Wähler), die *Frankfurter Hefte*⁸⁾ (*Reinhard Kühnl*: Die NPD/Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik, Der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein (*Wolfgang Götz*: Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus⁹⁾), die Jungsozialisten (*Ritter/Eichengrün*: Informationen für Demokraten: NPD¹⁰⁾).

Die Offiziersanwärter waren dafür dankbar, daß ihnen kostenlos Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Sie wollten jedoch nicht nur lesen und untereinander diskutieren, sondern sie forderten das Streitgespräch mit der NPD selbst. Einige waren in Versammlungen der NPD gewesen, enttäuscht kamen sie zurück. Zuviel Phrasen und keine Gelegenheit, die Redner mit Argument und Gegenargument zu stellen.

Wenn der Unterricht über die NPD nicht an Glaubwürdigkeit verlieren sollte, mußte ihnen die Chance einer Auseinandersetzung mit Vertretern dieser Partei gegeben werden. Ein Seminar *der Neuen Gesellschaft* in Hamburg bot hierfür die Plattform. Daß dieser Abend dann zu einer ‚Enttäuschung‘ wurde, lag gewiß nicht an den OA und am Veranstalter: „Für *diesen* Vertreter der NPD¹¹⁾ hätte es keiner wochenlangen Beschäftigung mit der NPD bedurft.“ In seiner Hilflosigkeit erweckte er fast Mitleid. „Er ist zu gutgläubig, aber wenig kritisch. Von Politik versteht er wenig, denn so oberflächlich kann man sich mit den Problemen nicht auseinandersetzen und sie deshalb noch viel weniger überzeugend vertreten¹²⁾.“

War diese Oberflächlichkeit typisch für die NPD, mußte diese Partei mangels politischer Substanz einer fundierten, fakten- und realitätsbewußten Diskussion stets ausweichen, vor ihr in Deklamationen flüchten? Diese Frage wurde gestellt, lebhaft erörtert und mußte schließlich mangels ausreichenden Erfahrungsmaterials für die meisten offen bleiben. Einigkeit herrschte darüber, daß die NPD sicherlich Repräsentanten habe, die intelligenter und rhetorisch geschickter seien. Immerhin, die überwiegende Mehrheit der OA stimmte jenem Kameraden zu, der die Auswirkungen dieses ‚Diskussionserlebnisses‘ in den Worten zusammenfaßte: „Der Vertreter der NPD hat mich nur dahingehend beeinflusst, daß ich von der NPD einen noch größeren Abstand gewonnen habe.“

III

Entschiedene Gegner der NPD gab es von Anfang an, andere waren neugierig-abwärtend; eine Minderheit schien mindestens einigen Thesen dieser neuen Partei aufgeschlossen gegenüberzustehen. Keiner hatte vorher das *Manifest* oder gar die *Erläuterungen*

4) Politik in unserer Zeit, DN-Verlag, Hannover, Januar 1967.

5) Mitglied der Reichstagsfraktion der NSDAP.

6) Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 1, 276.—300. Tausend, 1932.

7) Sendereihe „Wettkampf der Systeme“, 18. 1. 1967.

8) Januar 1967, S. 22 S.

9) V. Hase & Köhler-Verlag, Mainz 1967.

10) Schriftenreihe der Jungsozialisten 1/67.

11) Der Landesvorsitzende der NPD, Herr Schweimer, sagte zwei Stunden vor Beginn ab. Statt seiner kam — kurzfristig alarmiert — der Werbekaufmann Herr Neutert, Vorsitzender des Kreises Hamburg-Eimsbüttel. 12) Schriftliche Äußerung eines Teilnehmers.

gelesen. Jetzt wurden diese parteioffiziellen Dokumente abschnittsweise verlesen und kritisch durchleuchtet. Schwerpunkte der Diskussion: Außen- und Wiedervereinigungspolitik, die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen, das Verhältnis zur deutschen Vergangenheit, unsere Einstellung zu den Gastarbeitern. Erste Reaktionen: Verständnislosigkeit für Vokabeln wie ‚raumfremde Mächte‘, öffentliche Unmoral‘, ‚zersetzende Meinungsmonopole‘, ‚wesensgemäße Wertmaßstäbe‘, ‚planmäßige Unterminierung unseres Wesens‘. Insbesondere der Abschnitt VII der Erläuterungen (Familie und Erziehung) provozierte zunächst schallendes Gelächter, dann Widerwillen, schließlich den Zwischenruf: „Aufhören, das ist doch nicht mehr zu ertragen!“ Die dort manifestierten Ressentiments gehören wohl ausschließlich einer älteren Generation. Diese jungen Männer, die 1955, als die Bundesrepublik vom besetzten Land zum Partner wurde, acht, höchstens elf Jahre alt waren, konnten mit folgenden Sätzen einfach nichts anfangen, sie waren ihnen zu dumm:

„Wir befinden uns in einem Abwehrkampf auf Leben und Tod gegen die geistig-erzieherische Seite des Morgenthau-Planes, gegen die Demontage des Charakters, gegen die Reeducation im weitesten Sinn, die planmäßige Unterminierung unseres Wesens. Es gibt ein UNESCO-Programm speziell für Deutschland, und es gibt entsprechende Richtlinien‘, nicht nur für den Geschichts-, sondern auch für den Deutsch-, Religions- und Kunstunterricht. Im Rahmen dieses Programms ist Kafka kein Zufall, Brecht kein Zufall, auch Walther Hofer, Eugen Kogon und Golo Mann natürlich nicht. Ambivalenz, Verfremdungsstil, Selbstbezichtigung und Verneinung der dem Volk wesensgemäßen Wertmaßstäbe auf allen Gebieten, das alles gehört zum Programm, und gegen all das hat man sich daher zu wehren, wenn man nicht von vornherein kapitulieren und innerlich absterben will¹³⁾.“

Die Ablehnung derartiger Phrasen bedeutete nun nicht, daß die OA davon überzeugt gewesen wären, die Bundesrepublik sei frei von ausländischem Druck und Einfluß. Im Gegenteil, stimmungsmäßig war es wohl eine Mehrheit, die die *außenpolitische* Abhängigkeit von den Westalliierten für zu groß hielt und eine deutsche Politik forderte, die selbstbewußter, unabhängiger, aber auch realistischer sei, sich insbesondere von der amerikanischen ‚Vormundschaft‘ löse und sich in erster Linie auf die deutschen, auf die nationalen Interessen ausrichte.

So wäre man wohl bereit gewesen, sich der Kritik der NPD an der Außen- und Deutschlandpolitik anzuschließen, wenn nicht die spärlichen eigenen Vorschläge der Partei selbst so unrealistisch und widersprüchlich seien. Wie könne man ohne amerikanische Rückendeckung mit Rußland verhandeln, wie verträge sich der ‚unverzichtbare‘ Anspruch auf die deutschen Ostgebiete einschließlich des Sudetenlandes¹⁴⁾ mit dem Bekenntnis zur Achtung der Rechte unserer Nachbarn¹⁵⁾ und dem erklärten Ziel einer Befriedung -Europas¹⁶⁾?

Als anachronistisch, undurchführbar und auch nicht erstrebenswert wurden alle die Punkte des Manifestes abqualifiziert, die offen oder versteckt nach wirtschaftlicher, vor allem landwirtschaftlicher Autarkie verlangten.

Allerdings fand die Forderung nach einem autarken Arbeitsmarkt¹⁷⁾ zunächst bei einer starken Minderheit ein positives Echo. Der Ruf ‚Gastarbeiter raus‘ wurde auf nationale, devisenwirtschaftliche, sozialversicherungstechnische und auch platt fremdenfeindliche Argumente gestützt. Die Diskussion war sehr lebhaft und lang. Den meisten OA waren Fakten und Überlegungen wie die folgenden unbekannt:

13) Erläuterungen, S. 27 f. (s. Anm. 4).

14) Erläuterungen, S. 35.

15) Erläuterungen, S. 34.

16) Erläuterungen, S. 36.

17) Erläuterungen, S. 15.

CLAUS WEISS

1. Die Bundesrepublik ist stark exportabhängig. Sie ist daher auf die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden angewiesen. Die monatlichen Geldüberweisungen der Gastarbeiter erhöht die Zahlungs- und damit die Importfähigkeit ihrer Heimatländer.

2. Infolge ihrer relativ günstigen Altersstruktur subventionieren' die Gastarbeiter die deutschen Krankenversicherungen und

3. helfen uns, den Rentenberg zu tragen. Viele, die in ihre Heimat zurückgehen, lassen sich später zwar ihren Arbeitnehmeranteil auszahlen. In der Zwischenzeit jedoch hat dieser Anteil die Wirkung eines zinsfreien Darlehens an die Rentenversicherungsträger. Der Arbeitgeberanteil hingegen kommt ausschließlich den Versicherungsträgern zugute, obwohl er letztlich durch die Arbeitskraft des Gastarbeiters ‚entstanden' ist.

4. Soweit die Gastarbeiter ihre Familien zu Hause lassen, spart die Bundesrepublik Kosten für Schulen und andere Infrastrukturmaßnahmen, obgleich die Gastarbeiter hierfür ebenso Steuern zahlen wie ihre deutschen Kollegen.

Die Offiziersanwärter waren beeindruckt: „Warum kann man diese Argumente nicht in der Zeitung lesen?“ Der Erfolg blieb nicht aus. In der späteren schriftlichen Arbeit konnten nur drei Teilnehmer der Haltung der NPD zur Gastarbeiterfrage (mit Einschränkungen) etwas Positives abgewinnen, wobei zu berücksichtigen ist, daß von diesen dreien nur einer während der mündlichen Gastarbeiterdiskussion anwesend war.

IV

Eine Diskussion zwischen 23 jungen Menschen wird meist nur von einer Minderheit getragen, der Rest hört sich alles an, macht hier und da einen Einwurf, protestiert, stimmt zu. Ein besseres Bild von der tatsächlichen Einstellung aller Teilnehmer vermittelt die schriftliche Aussage.

Unangekündigt wurden den neunzehn anwesenden OA am 7. 2. 1967 sieben Fragen vorgelegt, die in einer knappen Stunde schriftlich zu beantworten waren. Wer wollte, konnte die Antworten anonym abgeben. Zwölf machten hiervon Gebrauch. Gleichwohl mag manche Antwort sich dem vorherrschenden Anti-NPD-Gefühl angeglichen haben. Die Einzel- und Gruppengespräche vorher sowie die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der später liegenden Konfrontation mit dem NPD-Vertreter lassen jedoch den Schluß zu, daß die Antworten in ihrem Kern die wahre Meinung der Verfasser darstellen.

Die Fragen lauteten:

1. Welche Ziele verfolgt die NPD?
2. Durch welche Programmpunkte fühlen Sie sich angesprochen?
3. Welche Programmpunkte lehnen Sie ab?
4. Begrüßen Sie das Erstarken der NPD?
5. Glauben Sie, daß die NPD eine Gefahr für die BRD darstellt?
6. Wenn ja, wie kann dieser Gefahr am besten begegnet werden?
7. Gründe für das Erstarken der NPD?

Die Antworten hielten sich nicht immer an die Bezifferung der Fragen. Wer sich z. B. durch keinen Programmpunkt angesprochen fühlte, begründete dies schon in der Antwort zu 2) und griff damit in den Bereich der Antwort zu 3) über. Aus Gründen der Übersichtlichkeit orientiert sich jedoch auch die folgende gedrängte Antwortübersicht an der Gliederung des Fragenkatalogs¹⁸⁾. Die Fragen 4—7 wurden von allen neunzehn OA beantwortet; die Fragen 1—3 nur von achtzehn, da der Neunzehnte wegen Nichtteil-

18) Die Zahlen in Klammern verweisen jeweils auf die Anzahl der OA, die sich in dem angegebenen Sinn zu der betr. Frage geäußert haben.

nahme an den vorangegangenen Stunden meinte, „durch Unkenntnis des Programms“ nicht in der Lage zu sein, sich „über Ziele und einzelne Programmpunkte der NPD“ zu äußern.

1. Welche Ziele verfolgt die NPD?

Für das Gebiet der Außenpolitik wurde die „Distanzierung von den westlichen Verbündeten“ (4), die „Trennung von den USA“ (7) und die „Loslösung“ von NATO (1) und Europa (1) hervorgehoben. Statt dessen fordere die NPD eine „politische Orientierung zum Nationalen“ (5). Angestrebt würde ein „Erstarken der politischen Macht Deutschland“ (4), letzten Endes sollten die anderen Staaten Europas von uns abhängig gemacht werden (1). Die Deutschlandpolitik müsse aktiviert (2), die Wiedervereinigung „auf nationaler Basis“ angestrebt (5) werden, und zwar in den Grenzen von 1937 (2).

Erforderlich sei die „Entwicklung eines gesunden Nationalbewußtseins“ (4), die „Bessinnung auf deutsche Wesensmerkmale“ (1) verbunden mit der „Unterdrückung artfremder Eigenschaften“ (1), ein selbstbewußtes Auftreten im Ausland (1). Hierbei könne *de Gaulle* als Vorbild dienen (4). Einzustellen seien die Wiedergutmachungszahlungen (1), einzuschränken die Entwicklungshilfe (5). Im Innern müsse endlich Schluß gemacht werden mit der „Vergangenheitsbewältigung“ (2).

Die NPD strebe ferner die wirtschaftliche — insbesondere die landwirtschaftliche (1) — Autarkie (8) an, das ausländische Kapital sei zurückzudrängen (3), die „Zersetzung von deutschen Firmen durch ausländische Konzerne zu beenden“ (3). Die ausländischen Arbeitskräfte müßten vertrieben werden, da zuerst jedem Deutschen ein Arbeitsplatz gebühre (6).

Das „Leben in der Gemeinschaft soll durch die NPD gefördert“ (1), Sitten und Moral gereinigt (4) und das Gammlertum beseitigt (4) werden. Die deutsche Frau widme sich nur noch der Erziehung der Kinder (1), im Arbeitsprozeß habe sie nichts mehr zu suchen (1).

Die NPD wolle die Landwirtschaft (3), den Mittelstand (4) und die Heimatvertriebenen (1) besonders unterstützen. Die Sozialpolitik sei zu verbessern (1), Wissenschaft und Technik zu fördern (1), die „allgemeine Korruption“ müsse bekämpft werden (2).

Diese Frage nach den ‚Zielen der NPD‘ sollte zunächst das Faktenwissen der OA testen. Ihre Beantwortung gab jedoch gleichzeitig Einblick in die von ihnen vorgenommene Programmwertung; was erschien ihnen als wichtig und erwähnenswert? Es konnte allerdings nicht ausbleiben, daß ein Schwerpunkt bei jenen Aspekten der NPD lag, die inzwischen gemeinsam durchgesprochen worden waren¹⁹⁾.

Neben dieser durchaus sachlichen Schilderung dessen, was nach Meinung der OA Ziele der NPD seien, ließ es eine Minderheit schon bei dieser Aufzählung nicht an Kritik fehlen:

„Die NPD versucht heute, da die Weltpolitik zu immer größeren und engeren internationalen Zusammenschlüssen auf allen Gebieten neigt, eine Politik zu verfolgen, die spezifisch nationale Aspekte besitzt. Es wird also ganz sicher ein Schritt zurückgetan in die Nationalstaatenpolitik des 19. und des Anfangs des 20. Jahrhunderts.“

„Ihr Programm ist so gestaltet, daß sich viele in einem Punkt angesprochen fühlen. Vor allen Dingen gelingt es der NPD somit, den Unzufriedenen für sich zu gewinnen, der nur auf seinen eigenen Vorteil bedadit einen Punkt für sich herausnimmt und in seiner Einfalt den Pferdefuß übersieht.“

„Kleinbürgerliche-nationalistische-bornierte-überhebliche-egoistische“ Ziele. Grundtenor: „Warten Sie ab, bis wir dran sind!“

19) Vgl. die betr. Zusammenstellung oben III.

2. *Durch welche Programmpunkte fühlen Sie sich angesprochen?*

Von den 18 Offiziersanwärtern, die sich zu dieser Frage äußerten, erklärten sechs, daß kein einziger Programmpunkt sie anspreche, denn:

„Sie halten einer objektiven Prüfung unter Berücksichtigung der Realitäten nicht stand. Wir sind auf ein Zusammenleben mit anderen Menschen, Völkern, angewiesen, das sich nicht dokumentiert in dem Publizieren von Thesen, die die Elemente der zwischenmenschlichen Beziehungen in Frage stellen oder zerstören.“

„Sie sind unlogisch, widersprechen sich vielfach und sind größtenteils undurchführbar.“

„Alle Punkte, die ich nicht ablehne, werden auch von den anderen Parteien vertreten, gefordert, durchgeführt. Für mich ist die NPD als Meinungsvertreter überflüssig.“ ...

„Zwar ist eine selbständigere Politik vonnöten, z. B. Änderung der Ostpolitik, Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie usw. Jedoch bedarf es dabei nicht der NPD.“

Ein weiterer Seminarteilnehmer konnte zwar einigen Programmpunkten (aktivere Deutschlandpolitik, mehr nationales Bewußtsein, eigenständige Politik) zustimmen, jedoch stieß bei ihm die „Art der Durchführung“ auf Ablehnung. „Die NPD geht hier zu weit“, denn „die Politik der deutschen Regierung muß zu einem großen Teil mit der der westlichen Verbündeten übereinstimmen.“

Es ist der Konflikt zwischen Vernunft und Gefühl, der die folgende Stellungnahme beherrscht: „Rational gesehen, in bezug auf... die Tagespolitik . . . durch keinen Programmpunkt. Emotioneil durch die Programmpunkte, in denen die NPD ein Wiedererstarren des Selbstbewußtseins und eine Gesinnungswandlung... in bezug auf Arbeitsmoral usw. fordert.“

Von den verbleibenden zehn Befragten stimmten drei ausschließlich solchen Programmpunkten zu, die nicht als spezifisch nationaldemokratisch betrachtet werden können: Förderung von Wissenschaft und Forschung, Reform des Arbeits- und Steuerrechts (z. B. Lohnsteuerbefreite Überstunden), Änderung solcher Gesetze, die den heutigen technischen und politischen Gegebenheiten nicht mehr angemessen sind.

Drei OA beschränkten ihre Zustimmung auf das Unabhängigkeitsstreben in der Außenpolitik, „wobei man (allerdings) nicht vergessen darf, daß es ohne Amerika nicht geht.“ Von diesen dreien gab nur einer ein Motiv an, welches aus dem Emotionsbereich der NPD stammen könnte: „Wir dürfen uns nicht auf Grund dessen, daß wir vor 22 Jahren den 2. Weltkrieg verloren haben, von einigen unserer ehemaligen Besieger bevormunden lassen.“

Die Begründung „Unabhängigkeit von den Alliierten als Weg zum Friedensvertrag und zur UNO-Aufnahme“ stellt als Wunschdenken des betreffenden Verfassers hingegen womöglich eine Fehlinterpretation der NPD-Absichten dar.

Die restlichen vier Teilnehmer ließen sich jeweils von mehreren Gedankengängen der NPD ansprechen:

a) Erstarren des Nationalismus. Wie die Engländer sollten auch die Deutschen ein gesundes Nationalgefühl besitzen. Selbstbewußtes Auftreten in der Außenpolitik (abschreckendes Beispiel: Bundeskanzler Erhard in den USA und der Devisenausgleich). Ferner: „Wirkliche Politik, die ohne große Wahlversprechungen auskommt, besonders wenn diese Versprechungen nicht gehalten werden können. Diese Anregung der NPD finde ich gut. Ob die NPD aber danach handelt, halte ich für unwahrscheinlich.“

b) Gegen enge Bindung an USA und — im Interesse der Wiedervereinigung — für Annäherung an Moskau. Außerdem: falls Arbeitsplätze knapp, Bevorzugung der deutschen vor ausländischen Arbeitskräften — allerdings nur bei gleicher Leistung.

c) Förderung der deutschen Industrie und Wissenschaft. — Bevorzugte Abfertigung deutscher Arbeiter gegenüber Gastarbeitern, „denn ich möchte als Deutscher sagen können, daß wir selbst

OFFIZIERSANWÄRTER DISKUTIEREN DIE NPD

für unser Schicksal im guten wie im schlechten Sinne verantwortlich sind und uns nicht von Ausländern helfen oder von ihnen abhängig machen lassen²⁰⁾".

d) Förderung von Technik und Wissenschaft. — Bevorzugung deutscher Arbeitskräfte²⁰⁾, denn „die Gastarbeiter sind uns in ihrer ganzen Lebensart und -einstellung fremd, ihre Beschäftigung geht zu Lasten der früher beschäftigten deutschen Arbeitskräfte²¹⁾, kleine Verbrechen wie Diebstahl, Schlägereien, Unzucht mit Minderjährigen nehmen zu.“ — Verfehlte Entwicklungshilfe. — Schließlich: „Wie lange will man uns noch unsere Vergangenheit vorwerfen? Es ist noch kein Ende abzusehen, und eines Tages Werden unsere Enkel wohl noch daran zu knabbern haben, daß ihre Urgroßväter einige Jahre lang ihre ‚Erziehung‘ vergaßen.“

Stellt man auf Grund dieser 18 Antworten die Frage nach einer NPD-Anfälligkeit, dann könnten höchstens in der freimütigen Stellungnahme des unter d) zitierten Offiziersanwärters gewisse Sympathien entdeckt werden. Aber auch dieser OA wendet sich sowohl gegen die Loslösung von der NATO als auch gegen das Gerede von der „Reinigung der Sitten“: „Durch Verbote und Vorschriften lassen sich Moral und ‚gute Sitten‘ nicht verbessern.“

3. Welche Programmpunkte lehnen Sie ab?

In sechs Antworten wurde betont, daß die Verfasser alle oder doch fast alle Programmpunkte der NPD ablehnen. Dieser ‚radikale‘ Standpunkt wurde u. a. wie folgt begründet:

„Sämtliche Programmpunkte sind unlösbar verbunden mit der die Partei charakterisierenden Methode zu ihrer Erfüllung.“

„Alle, da (die NPD) keine echten Verbesserungsvorschläge hat, sondern nur kritisiert.“ „Ich lehne alle Programmpunkte ab, da ich nicht umhin kann, zumindest den Versuch zu machen, das ‚Ganze‘ zu sehen. Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt. Mag der Hauptsatz noch gefallen, im Nebensatz oder zwischen den Zeilen befindet sich der Haken.“

Dieser allgemeinen „Ablehnung des Programms in seiner auf die Tagespolitik bezogenen apolitischen und destruktiven Form“ standen Äußerungen zur Seite, die spezifische Programmpunkte der NPD für unrealistisch, unhaltbar oder schädlich hielten²²⁾:

Die Loslösung von den USA würde unsere Existenz bedrohen (2); da wir keine eigene Verteidigungspolitik betreiben könnten (1), sei auch ein Verlassen der NATO nicht zu verantworten (1). Außerdem ließe sich ein ‚nationaler‘ Staat im Zeitalter der europäischen Integration nicht mehr schaffen, er sei rückständig, ideologisch überholt (1). „Ich lehne es grundsätzlich ab, eine Politik zu betreiben, die auf nationale Aspekte ausgerichtet ist“ (1), Nationalismus triebe uns in die Isolation (2). Abzulehnen sei daher auch die Unterstützung der ‚Berufsheimatvertriebenen‘ (1), dringend zu befürworten dagegen eine weitere Förderung der Entwicklungshilfe (2).

Der Vorwurf, die Alliierten wollten Deutschland wirtschaftlich wie geistig am Boden halten, sei unzutreffend (1). Die deutsche Kriegsschuld könne und dürfe nicht geleugnet werden (2), wir müßten unsere Schuld erkennen (1) und uns mit unserer Vergangenheit beschäftigen und von ihr lernen (1).

Völlig absurd seien die Ansichten über die Erziehung der Jugend (1), unsinnig die Forderung nach Beseitigung des Gamrrilertums (1), nach Reinigung der Sitten (2) und Bekämpfung der Halbstarren (1). „Jeder soll so leben, wie er es für richtig hält, sofern er kein öffentliches Ärgernis erregt“ (1). Die „Rückbesinnung auf deutsche Wesensmerkmale“ (2) müsse ebenso abgelehnt werden wie die Anschauungen des Hauptmann Ross zum Soldatentum (1)²³⁾.

Wie solle unsere Industrie wohl Arbeitskräfte erhalten (1), wenn die Frau am heimischen Herd festgehalten werde (3)? Die Frau bedürfe auch keines besonderen Schutzes vor den Gastarbeitern (1).

20) Die Verfasser der Antworten zu c) und d) hatten bei der eingehenden Erörterung des „Gastarbeiterproblems“ gefehlt.

21) Der Verfasser dieser Antwort stammt aus einer kleinen Ortschaft im Zonenrandgebiet, wo die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte durch die großen Industriebetriebe zu Lasten weit entfernt wohnender deutscher Arbeitskräfte mit Nebenerwerbshöfen gegangen sein soll.

22) Vgl. Anm. 18.

23) Hinweis auf das Spiegel-Gespräch mit Hauptmann Ross (Spiegel 7/67).

Auch wirtschaftlich sei eine Zusammenarbeit der Staaten sinnvoll und nutzbringend (1). Ein Autarkiestreben sei abzulehnen (5). Die ‚Kapitalverfremdung‘^c stelle keine Gefahr dar (1). Die Gastarbeiter dürften gegenüber ihren deutschen Kollegen nicht benachteiligt werden (5). Die Landwirtschaftspolitik der NPD sei rückständig (2), die Landwirte müßten sich umstellen (1), die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe dürften nicht länger gefördert werden (1); eine dauernde Subventionierung der Landwirtschaft (und des Bergbaues) sei eine zu große Belastung des National Einkommens (1).

„Meine größte Ablehnung findet der Gedanke eines autoritär verwalteten Deutschland. Die Zeiten der Diktatur sind längst vorbei. Ich halte die Demokratie für die beste Staatsform“ (1).

So hatte jeder an wesentlichen Programmpunkten der NPD etwas auszusetzen. Es gab niemanden, der die Frage zu 3) unbeantwortet gelassen hatte²⁴).

4. Begrüßen Sie das Erstarken der NPD?

Die emphatische Antwort „Um Gottes Willen — Nein!“ stand in dieser unbedingten Form allein, dem Sinne nach schlossen sich ihr nur vier weitere OK an. Sie begründeten ihr ‚Nein‘ damit, daß die Programmpunkte der NPD entweder nicht durchführbar seien oder, falls durchführbar, keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung darstellten. Es schrecke die Vergangenheit. „Ich bin beunruhigt, daß nach 20 Jahren eine solche Partei schon wieder erhebliche Stimmengewinne verbuchen kann.“ Eine Partei, die letzten Endes unsere demokratische Grundordnung am liebsten abgelöst sehen möchte, habe bei uns keine Existenzberechtigung. Außerdem: „Als a-demokratische Partei mit Tendenzen und Zielen, die in aller Welt böse Erinnerungen und Haß erwecken, kann sie unserem politischen Bild nur schaden.“

Von diesen fünf absoluten Gegnern eines Erstarkens der NPD hatten immerhin drei bei der Frage zu 2) sich zu gewissen Programmpunkten der Partei (Förderung von Wissenschaft und Forschung, Gesetzesreformen, Wiedererstarken des deutschen Selbstbewußtseins) bekannt. Hier wurde also bewußt differenziert zwischen der eigenen Einstellung zu gewissen Sachfragen und zur NPD als politische Kraft.

Für drei Teilnehmer war das Erstarken der NPD politisch belanglos, da diese keine Gefahr darstelle und keinen ernsthaften Schaden anrichte: „Rechts- bzw. linksradikale Parteien gibt es in zahlreichen Ländern.“

„Ich lehne die Erstarkung der NPD ab, weil sie der Verständigung der Völker und einem vereinten Europa im Wege stehen wird, falls sie an die Macht kommt“. Dieses außenpolitische ‚Nein‘ ergänzt derselbe Verfasser jedoch mit einem innenpolitischen ‚Ja‘: „Ich begrüße das Erstarken der NPD, weil dadurch so mancher Bundesbürger aus seinem ‚Winterschlaf‘ aufgeweckt wird. Ich finde, daß diese Erstarkung eine ganz gute Prüfung für unsere so sehr gepriesene Demokratie darstellt.“

Hier ist das Grundmotiv für die übrigen zehn Offiziersanwärter, die mit mehr oder minder starken Vorbehalten das Erstarken der NPD für begrüßenswert hielten. Auch von denjenigen, die sämtliche Programmpunkte der NPD ablehnen und bei denen die Schilderung dieser Partei nicht negativer sein könnte, wird die NPD als Menetekel begrüßt. „Sie (die NPD) könnte Anlaß sein, einen Teil der Deutschen — auch der Regierungspolitiker — vom Wohlstand zum Denken zu verführen“. „Jetzt müssen alle anderen Parteien darauf bedacht sein, nur *kluge* Politik zu treiben.“ „Denn diese Tatsache des Erstarkens hat heftige Reaktionen und Diskussionen hervorgerufen, die auch vor den Toren der großen Parteien nicht haltgemacht haben und sie — bildlich gesprochen — aus ihrem bequemen und trägen Schlaf aufgerüttelt haben.“

Die Existenz der NPD solle die etablierten Parteien zur Überprüfung der bisherigen Positionen und zur Selbstkritik veranlassen, ihre Selbstgefälligkeit könne ruhig etwas

24) Mit Ausnahme des schon erwähnten OAs, der mangels Sachkenntnis die Fragen 1—3 nicht beantwortete.

erschüttert werden, es sei nicht verkehrt, wenn die Parteien daran erinnert würden, daß „sie die Wählerstimmen nicht auf ewig gepachtet haben“.

Die NPD als Medizin für die Gesundung der etablierten Parteien, gewiß keine Rolle nach dem eigenen Geschmack der NPD. Soweit das Erstarken der NPD nicht wegen der Auswirkung auf die anderen Parteien, sondern im Hinblick auf die NPD als Partei und politische Idee begrüßt wurde, hatte diese Zustimmung allerdings auch keine pro-NPD-Motive — im Gegenteil: „Wir können so sehen, wie stark die Anhänger des Rechtsradikalismus sind und schaffen so klare Fronten.“ „Der rapide Aufstieg der NPD selbst habe viele Menschen beunruhigt, und sie sind Gegner dieser Partei geworden.“ „Außerdem ist eine Gefahr, die erkannt ist, leichter gebannt und beseitigt.“

Nur in einer Beziehung wurde von zwei Verfassern das Erstarken der NPD wegen eines von ihr vertretenen Programmpunktes, nämlich der Betonung des Nationalen, begrüßt: „Bis jetzt fehlte in der Regierung eine Richtung: die nationale Tendenz. Was *de Gaulle* übertreibt, haben die Deutschen stets untertrieben: die Forderung nationalen Bewußtseins. Die Regierung der BRD hat bisher in innen- wie in außenpolitischen Angelegenheiten immer so entschieden, daß wohl dem Staate, nicht aber dem Großteil der Staatsbürger geholfen oder Rechnung getragen wurde. Jetzt weiß die Führung, daß berechtigte Bedenken angemeldet werden, und daß auch viele einzelne etwas deutscher als bisher sein wollen.“

Diese etwas unausgelegene Begründung eines Teilnehmers (der zwei vorhergehende Seminarabende versäumt hatte) war das weitestgehende, was der NPD als Unterstützungsbegründung angeboten wurde. Auch dieser Verfasser warnte übrigens in seinem Beitrag zu 6) davor, radikale Parteien ‚übermäßig‘ erstarken zu lassen.

Bei aller Sympathie für das gegenwärtige Erstarken der NPD wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die NPD natürlich nicht noch stärker oder doch nur so stark wie die entsprechenden Extremparteien etwa in Frankreich oder den USA werden dürfte. Medizin in zu großer Dosis könnte leicht zu Gift werden.

5. Glauben Sie, daß die NPD eine Gefahr für die BRD darstellt?

„Die politische Dummheit breiter Bevölkerungsschichten berücksichtigend, ja!“ Dieses absolute Ja und seine Begründung waren eine (1) Ausnahme. Es wurde differenziert²⁵⁾. Außenpolitisch könne die NPD zwar schon heute eine Gefahr darstellen wegen der Rückwirkung auf unser Verhältnis zu den westlichen Alliierten (2), innenpolitisch aber nur dann, wenn sie noch stärker werden würde (6); insbesondere dann, wenn sie kraft ihrer Stärke die Arbeit in den Parlamenten blockieren oder sogar die Regierungsgewalt übernehmen könnte (1). In der jetzigen Zeit bestünde keine akute Gefahr; es gäbe allerdings keine Garantie, daß die Deutschen diesmal rechtzeitig aufwachten (1).

Eine Wirtschaftskrise könnte zu einem gefahrbringenden Anstieg der NPD-Anhängerschaft führen (2); eine gesunde Demokratie müßte jedoch immer mit derartigen radikalen Parteien fertig werden (1). Es sei notwendig, daß sich die deutsche Politik aus ihrer gegenwärtigen Starrheit löse (1). Dieser prophylaktischen Forderung steht die Bemerkung eines anderen Offiziersanwärters entgegen, nichts sei zu befürchten, falls die „amtierende Regierung weiterhin ihren Weg so unbeirrbar und erfolversprechend beschreitet“.

Manche meinten, die NPD würde sich selbst entlarven (4). Die Erfahrungen mit den Jahren 1933—1945 (1) und eine gewisse Zielähnlichkeit mit einigen Programmpunkten der NSDAP (1) würden auf die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes abschreckend wirken. Allerdings müßte die Bevölkerung ‚gezielt‘ aufgeklärt werden (1); die Kritik an der NPD müßte dabei betont sachlich bleiben (1): „Man macht es sich wohl etwas

25) Vgl. Anm. 18

zu leicht, die Nationaldemokraten trotz mancher verblüffender Parallelen über einen Kamm als ‚Nazis‘ abzustempeln. Die oft höchst. unsachliche, teilweise sogar primitive Kritik an der NPD in Presse, Funk und Fernsehen mag wohl schon manchen zum Widerspruch angeregt haben."

6. *Wenn ja, wie kann dieser Gefahr am besten begegnet werden?*

Weder in den schriftlichen Antworten noch in einer späteren Diskussion zu diesem Punkt wurde ein Verbot der NPD gefordert und befürwortet. Mit Verboten könne eine politische Strömung nicht bekämpft werden, im Gegenteil, als Gegengewicht gegen die rechtsradikale NPD solle man doch die linksradikale KPD wieder zulassen (1).

„Nicht Verbote, sondern ein besseres Beispiel“, so etwa konnte der Grundtenor der Meinungen zusammengefaßt werden. Den (etablierten) Parteien wurde anempfohlen, in ihrer eigenen Haltung und Politik konsequent und überzeugend zu sein, dabei jedoch bereit, sich den Erfordernissen der Zeit anzupassen (4). Die Bundesregierung müsse eine ‚gute Politik‘ betreiben (2), man solle sich auch mit jenen heißen Eisen befassen, die von der NPD zur Sprache gebracht würden (1) und durch eine sachgerechte Lösung der betreffenden Probleme den NPD-Argumenten den Boden entziehen (1). Eine selbstbewußte Außenpolitik — wie jüngst von *Brandt* in den USA praktiziert — könnte in diesem Zusammenhang schon viel bewirken (1).

Während zwei Teilnehmer sich davon Erfolg versprochen, wenn immer wieder auf abschreckende Parallelen in der Vergangenheit verwiesen würde, meinte ein anderer, „ich sehe es als Unfähigkeit an, wenn man dabei nicht ohne dauernde Parallelen zum Nationalsozialismus auskommt“.

Einig waren jedoch fast alle in der Forderung nach einer „intensiven politischen Schulung aller Bevölkerungsschichten“. Aufklären (8) und an die Vernunft appellieren (1), sich sachlich auseinandersetzen (1) — mit diesen gut demokratischen Mitteln müßte es möglich sein, der Gefährdung durch die NPD zu begegnen. Nur einer beschwor die Notstandsgesetzgebung, um einer illegalen Machtergreifung vorbeugen zu können.

7. *Gründe für das Erstarken der NPD*

Gemessen an der Häufigkeit der Antworten (9) wäre die „allgemeine Unzufriedenheit mit der Bonner Politik“ der Hauptgrund für das Anwachsen der NPD. Ihre Unentschlossenheit (1), das Fehlen einer klaren Linie (2) und ganz besonders das Festfahren der Außenpolitik (5) habe der NPD Auftrieb gegeben. Hinzu käme das ‚Nachlassen des Wirtschaftswunders‘ (4), die Verbitterung über soziale Mißstände (1) und eine gewisse Angst vor den großen Parteien (1).

Mangels einer echten anderweitigen Wahlalternative (3) und in der Hoffnung auf eine „gesunde Opposition“ (2) sei man den — besonders für die Jugend (2) — verlockenden NPD-Parolen gefolgt. Nur hier habe man dem Protest gegen die bisherige Politik Ausdruck verleihen können (1).

Zwar habe jedes Volk und jeder Staat seine radikalen Minderheiten (2), die NPD käme jedoch noch einer spezifischen Mentalität unseres Volkes entgegen (1), sich gegen Andersgeartete abzuschirmen (1) und ideales Gedankengut autoritär zu praktizieren (2).

Die NPD erwecke in ihren Anhängern einerseits viele illusorische Hoffnungen (1), andererseits böte sie sich als der langersehnte „starke Besen“ an (1). Dank der NPD sei auch das — vorher unterdrückte — Bekenntnis zum Deutschtum wieder möglich geworden. (1), nationale Emotionen würden erweckt (1); allein die NPD erstrebe „eine Aufwertung des anglikanisierten Deutschtums“ (1).

So sei sie zum idealen Sammelbecken der alten Kämpfer geworden (1), zu ihren Anhängern zählten die „Unverbesserlichen“ (1), die nationalistisch gesinnten Wählerkreise

OFFIZIERSANWÄRTER DISKUTIEREN DIE NPD

(1), aber auch von den großen Parteien enttäuschte Mitläufer aus Jugendorganisationen (1).

Zu diesen teilweise doch sehr verschiedenartigen Motivationen der Anhänger und Wähler geselle sich das taktische Geschick der Parteiführung, „Dinge, die nur zum Teil oder gar nicht zu erreichen sind, die aber von breiten Bevölkerungsschichten auf Grund fehlender Sachkenntnis erstrebt werden, in einer für diese Bevölkerung positiven Art zu behandeln“.

V

Später — bei der Diskussion mit dem Vertreter der NPD — waren es vor allem zwei Komplexe, auf die man den NPD-Referenten „festnageln“ wollte:

Außenpolitik

Verhältnis zur deutschen Vergangenheit (vor allem: 20. Juli)

Das den Zuhörern vorgetragene außenpolitische Alternativprogramm gipfelte in dem Bekenntnis, eine Anerkennung Rotchinas durch die BRD hätte die UdSSR an den Verhandlungstisch mit uns gezwungen. Diesen Schritt der Anerkennung hätten wir jedoch infolge amerikanischen Drucks nicht gewagt. — Bei aller Sympathie für eine Außenpolitik der größeren Selbständigkeit schien den OA der Tausch der amerikanischen gegen eine chinesische Rückendeckung doch zu gewagt und bar jeder realistischen Einschätzung der Weltlage.

Die Handlungsfreiheit der BRD sei durch unser „Schuldbekenntnis“ beschränkt. Ein solches zieme zwar dem Christen, nicht jedoch dem Politiker, der nicht nach Schuld, sondern nur nach dem Nutzen zu fragen habe. „Ist es nicht vielmehr umgekehrt, daß wir nur durch das Eingeständnis unserer ‚Schuld‘ eine gewisse Handlungsfreiheit zurückerlangt haben?“

Der Referent wich aus: „Was heißt hier Schuld? Sie haben damals nicht gelebt. Wer wollte und konnte sich schon gegen das System wenden?“

„Sie lehnen das System also ab? Welche Haltung nehmen Sie dann zu den Männern des 20. Juli ein?“ — „Wir haben Hochachtung vor ihnen.“ „Wie verträgt sich diese Hochachtung mit der Verurteilung dessen, was die NPD ‚Verherrlichung des Landesverrats‘²⁶⁾ nennt?“

Die als Antwort vorgetragene Unterscheidung zwischen — ehrbarem — Hochverrat und — unehrenhaftem — Landesverrat vermochte nicht zu überzeugen. Immer wieder die bohrende Frage: „Wird das Attentat des 20. Juli von Ihnen nun begrüßt oder verurteilt?“ Über eine halbe Stunde lang versucht der Vertreter der NPD auszuweichen. Zwischendurch fallen Sätze wie „Deutschland mußte den Krieg verlieren“ oder „Das Attentat hätte Erfolg haben müssen“. War das wirklich gesagt worden? Hatte man sich nicht verhört? Und welche Konsequenzen werden aus diesem Bekenntnis gezogen? Endlich kommt eine definitive Antwort: „Bei aller Hochachtung vor dem persönlichen Mut dieser Männer, ihr Vorgehen verstieß gegen das Gesetz, Deutschland befand sich im Krieg, sie taten Unrecht, wir lehnen das Attentat ab!“

Es war einerseits die Inkonsequenz vieler Antworten, vor allem war es aber das Ausweichen und Taktieren, was in der späteren ‚Manöverkritik‘ dem NPD-Vertreter angelastet wurde. „Er wollte es zu sehr seinen Zuhörern recht machen.“ „Er verrannte

26) Punkt X des Manifestes, vgl. „Politik in unserer Zeit“, S. 9.

sich engstirnig in eine Sackgasse." „Er versuchte sehr ungeschickt, vom Thema abzulenken."

Dieser Vertreter vermochte es nicht, für seine Partei werbend zu wirken: „Meine Einstellung zur NPD ist nur noch kritischer geworden, vor allem auf Grund der haarsträubenden Ansicht des Funktionärs und seiner Partei wegen des 20. Juli²⁷⁾." Die rhetorische Schwäche des NPD-Referenten, verbunden mit einem Mangel an Vertrautheit hinsichtlich der Aussagen der eigenen Partei, war vom Standpunkt der „politischen Weiterbildung" allerdings zu bedauern. „Die Diskussion bot leider durch das mangelnde Niveau seitens des NPD-Vertreters keine Möglichkeit, meine Einstellung zur NPD objektiv zu überprüfen. Für mich war es lediglich eine demonstrative, erfolgreiche Abwehr von Idee und Partei²⁸⁾."

VI

Die heutige Nationaldemokratische Partei hat auf diese 23 jungen Leute keinen nachhaltig positiven Eindruck gemacht. Legt man ihre mündlichen und schriftlichen Äußerungen zugrunde, so darf man davon ausgehen, daß von ihnen gegenwärtig niemand NPD wählen würde.

Soweit partielle Sympathien vorhanden sind oder waren, betreffen diese die Bezeichnung „National" im Parteinamen. Dieses Attribut spricht — eine Minderheit — an. Sein Inhalt ist noch unbestimmt. Der Begriff „National" steht stellvertretend für „außenpolitische Selbständigkeit", „Würde der handelnden Politiker und Staatsorgane", „Verfolgung eigener, nicht fremder Interessen". Dieser Begriff ist es, der den Blick auf die Vergangenheit bei manchem trübt und für ihn trotz seiner Unbestimmtheit Kriterium der Zukunft sein soll. Unklar bleibt, an wen er adressiert ist: An alle Deutschen oder nur an die Bundesrepublikaner.

Für diese Offiziersanwärter scheint die NPD heute jedoch keine Versuchung darzustellen. Was geschieht aber, wenn eine andere Partei geschickter, moderner, weniger phrasenreich versuchen sollte, dem vorhandenen Unbehagen an der heutigen Politik und dem „Establishment" in Bonn eine politische Plattform zu geben? Nur eine glaubwürdige, einleuchtende, überschaubare Politik, weniger fintenreich, aber realistischer, phrasenlos und ehrlich, vermag auf die Dauer den Lockrufen emotional-radikaler Verführer Halt zu gebieten.

Es ist Aufgabe der politischen Bildung, das Politische verständlich zu machen und damit dem Verstehen und der Billigung einer Politik der Vernunft den Weg zu ebnen. Das von *Arbeit und Leben* veranstaltete NPD-Seminar für Offiziersanwärter sollte diesem Ziel dienen. Einer der Teilnehmer kommentierte das Ergebnis abschließend schriftlich:

„Meine Einstellung zur NPD hat sich im Laufe der OA-Weiterbildung geändert. Ich betrachte die Partei und ihr Programm nicht mehr oberflächlich und diskutiere dann darüber. Ich betrachte sie jetzt sehr kritisch und habe meine Meinung von teilweise gut und nützlich zur völligen Ablehnung geändert. Allgemein habe ich während der OA-Weiterbildung gelernt zu diskutieren, mich mit den Problemen auseinanderzusetzen und dann erst meine Meinung darüber zu äußern. Sie hat mir gezeigt, daß ich mich noch intensiver mit der Politik auseinandersetzen muß. Außerdem habe ich gelernt, mir meine eigene Meinung zu bilden und mich nicht allgemeinen Urteilen anzuschließen und diese dann auch noch zu vertreten."

27) Schriftliche Äußerung eines Teilnehmers, der ursprünglich Teilaspekte des NPD-Programms befürwortete.

28) Schriftliche Antwort auf die Frage „Hat der NPD-Vertreter durch die Diskussion Ihre Einstellung zur NPD positiv oder negativ verändert?"